

AM 26. SEPTEMBER: AUFSTEHEN, ANZIEHEN, WÄHLEN GEHEN! Landtagswahl: Elf gute Gründe,

1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politikerinnen und -Politiker liefern den Großteil ihres Einkommens zugunsten des KPÖ-Sozialfonds ab. Was sie sich zum Leben behalten, entspricht einem guten Facharbeiter-Einkommen. So weiß man auch, wie Durchschnitts- und Kleinverdiener durchkommen müssen. Seit 1998, dem Einzug Ernest Kalteneggers in den Grazer Stadtrat, konnte Steirerinnen und Steirern in Not in Summe mit über einer Million Euro geholfen werden.



2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen zwei Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mit einer Reichensteuer umverteilt werden.



Wie wollen wir Pflege?

2. aktualisierte Auflage
Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten
Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenorstand



3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit werden so teuer, weil Private (z.B. Pflegefond) damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft als einzige Partei für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

4. Frauen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für viele Frauen noch immer ein Wunschtraum. Unser Land ist hier Schlusslicht in Europa. Nach einer KPÖ-Initiative im Landtag soll das Land mittels der Förderpolitik regulierend eingreifen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Die KPÖ wird sich weiter für die Rechte der Frauen stark machen.



5. Arbeit

Immer mehr Menschen ungeschützte Arbeitsverhältnisse angewiesen. Viele können nicht einmal mehr von einer Vollzeitarbeit leben. Das führt in die Armut. Wir brauchen Löhne, von denen die Leute leben können. Die arbeitenden Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, und nicht die Profitinteressen von Banken und Konzernen. Die KPÖ fordert einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat.

Eine Landesholding kann im Land aktiv Arbeitsplätze schaffen.



6. Verkehr, Umwelt, Energie

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden. Grünflächen müssen erhalten werden. Gegen neue Murkraftwerke. Die EStAG muss wieder 100% in öffentliche Hand.

7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein und über genug Plätze verfügen.



8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule der 6- bis 14jährigen. Bildung muss für alle möglich sein – ohne Druck und Diskriminierung.

9. Pensionen

Unser solidarisches Pensionssystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden. Eine Wertschöpfungsabgabe auf Gewinne soll das Pensionssystem stützen.